**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 42 (1948)

**Heft:** 12

**Artikel:** Weltrundschau : Amerika - China ; Das Pazifik-Imperium ; Was nun? ; Politik um Deutschland ; An der Weggabelung ; England - Frankreich ; Für ein geeintes Europa

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-139145

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

# Weltrundschau

**Amerika - China** Je mehr ich über den demokratischen Sieg bei den amerikanischen Novemberwahlen nachdenke und von seinen Hintergründen erfahre, desto klarer wird mir sein vorsehungsmäßiger Charakter. Die unübersehbaren Gefahren, die eine republikanische, hemmungslos großkapitalistische Regierung sowohl in der innern wie in der äußern Politik der Vereinigten Staaten heraufbeschworen hätte und die geradezu die Möglichkeit einer nahen Kriegskatastrophe — etwa im Zusammenhang mit der Wendung in China — in sich bargen, diese Gefahren sind nun für einmal doch abgewendet worden. Nicht daß sie überhaupt aus der Welt geschafft wären, weit entfernt davon. Aber indem sich die Mehrheit des amerikanischen Volkes zum fünftenmal in ungebrochener Reihe für die Politik Roosevelts ausgesprochen hat, und zwar einem unerhört geballten Ansturm aller kapitalistisch-reaktionären Mächte zum Trotz, hat sie einem verjüngten demokratischen Regime zum mindesten die *Möglichkeit* geboten, das Steuer des Staatsschiffes herumzureißen und einen neuen, glücklicheren Kurs einzuschlagen, als ihn der «alte» Truman steuerte, sofern man bei ihm von Steuern überhaupt reden konnte. Wird der «neue» Truman diese Möglichkeit entschlossen ergreifen? In der innern Politik wird er es sicher versuchen, wenn auch die Widerstände von seiten der kapitalistischen «Druckgruppen» gewaltig sein werden und nicht zuletzt die endgültige Auseinandersetzung mit den dreiviertelsfaschistischen Süddemokraten, um die Roosevelt selbst immer herumgekommen ist, für seinen Nachfolger ein hartes Stück Arbeit sein dürfte. Die immer besser organisierten fortschrittlichen Kräfte, insbesondere die Gewerkschaften, die so entscheidend in den Wahlkampf eingegriffen haben, aber auch die mit Henry Wallace gehenden oder doch sympathisierenden Volksgruppen drängen denn auch bereits energisch auf die Erfüllung der Wahlversprechungen, die Truman in den letzten Monaten mehr oder weniger freiwillig gemacht hat, und die Regierung wird sich diesem Druck nur schwer entziehen können[1]. Als verheißungsvolles Zeichen für die

[1] Der «Aufbau» (Zürich), seine Polemik gegen mich fortsetzend, läßt Herrn «M. M.» den Versuch machen, mich wegen der hier und anderwärts vertretenen Auffassung, Truman sei im letzten Abschnitt des Wahlkampfes wesentlich durch Wallaces fast einjährige Erweckungsarbeit ebenfalls nach links gedrängt worden, ins Lächerliche zu ziehen. «M. M.» stellt es so dar, als sei meine Meinung: «Was sie (nämlich Wallace, Stalin & Co.) taten, war also nur ein geschickter Kniff, um Truman gegen Dewey, den Demokraten gegen die Republikaner zum Siege zu verhelfen! Einfach *‚Tarnung'* war's, wenn wir belehrt wurden, daß es gehupft wie gesprungen sei, ob Truman oder Dewey, die Republikaner oder die Demokraten, obenaus schwängen — sei's doch die gleiche reaktionäre Gesellschaft.» Natürlich habe ich nie einen solchen Unsinn behauptet. Wallace ist vielmehr, wie ich deutlich sagte, *unfreiwillig* zum Wahlhelfer Trumans geworden, dessen spätere Links-

künftige Innenpolitik der Vereinigten Staaten darf schon jetzt die vorläufige Einstellung der Tätigkeit des berüchtigten Parlamentsausschusses zur Bekämpfung «unamerikanischer» Umtriebe begrüßt werden, der das ganze öffentliche Leben Amerikas vergiftet hatte. Sein Vorsitzender, Parnell Thomas, muß sich sogar wegen der Anklage verantworten, er habe sich von der Regierung zwei Sekretärinnen bewilligen lassen, die er aber in Wirklichkeit nie angestellt habe und deren Gehalt in seinem eigenen Sack verschwunden sei.

Zweifelhaft – um das Mindeste zu sagen – bleibt hingegen der künftige Kurs des demokratischen Kabinetts in der *äußern Politik*, wo es ja überall die herrschenden Klassen besonders leicht haben, ihre selbstsüchtigen Interessen hinter «nationalen» Losungen zu verstekken. Bis jetzt versichern die maßgebenden Leute ein ums andere Mal, es werde keinerlei Änderung in der weltpolitischen Linie der Vereinigten Staaten geben, und das wäre, wie schon bemerkt, ja auch schon viel. Aber es genügt eben doch nicht. Gewiß ist es gut, wenn der Kurs der amerikanischen Außenpolitik nicht in imperialistisch-militaristischem Sinne *verschärft* wird; was aber jetzt vor allem not tut, das ist eine klare *Abkehr* von der schon viel zu weit vorgetriebenen Scharfmacherpolitik, wie sie die Vereinigten Staaten unter dem Einfluß großkapitalistischer Kräfte seit Roosevelts Tod immer ausgesprochener verfolgt haben. Ob irgend etwas wie eine solche Abkehr zu erwarten ist, wird sich wohl auch bald zeigen. Die erste große Probe aufs Exempel wird die Haltung Amerikas gegenüber den gewaltigen Ereignissen in *China* sein, hinter denen jetzt alles zurücktritt, was sonst in der Welt geschieht. Dort bricht ja nun unter den wuchtigen Schlägen der kommunistisch geführten Volksarmeen, die überall, wo der Arm Nankings nicht mehr hinreicht, gleichsam aus dem Boden wachsen, das verfaulte Regime der Kuomintang Stück um Stück ruhmlos zusammen. Bereits ist die ganze Mandschurei – die «asiatische Ruhr» – und ein großer Teil Nordchinas, bis hin zum Jangtse, in den Händen der Kommunisten, das heißt ein zusammenhängendes Gebiet, mindestens so groß wie Deutschland, Frankreich,

---

schwenkung er Anfang 1948, als er seine Kandidatur aufstellte, unmöglich voraussehen konnte. Einen «Winkeladvokatenkniff» (so beliebt «M. M.» meine Darlegung zu bezeichnen) brauchte ich um so weniger anzuwenden, als meine Auffassung in Amerika selbst weitherum geteilt wird. So lese ich im «National Guardian» (vom 15. November) den Brief eines Lesers, in dem es heißt: «Truman wäre nicht nach links geschwenkt und hätte die Wahl verloren, wenn nicht Henry Wallace den Ton für den Wahlfeldzug angegeben hätte. Ich bin überzeugt, daß Truman in den letzten paar Wochen des Feldzuges Millionen von Wallace-Stimmen mit sich riß. Die Leute sagten sich: ‚Vielleicht meint er es doch ernst. Wir wollen ihn stützen. Was ist da schließlich zu verlieren außer dem psychologischen Wert eines Protestvotums?' Sogar ich, der ich die ganze Zeit daran festgehalten habe, daß Truman und Dewey verkappte Zwillinge seien, bin froh, daß Tom von Truman geschlagen wurde, der eben als Fortschrittler kandidierte.»

Spanien, die Schweiz und Italien zusammen, mit einer Bevölkerung von mindestens 150 Millionen Menschen. Im «nationalen» China aber herrscht ein fürchterliches Wirtschaftschaos mit fortschreitender Teuerung und Hungersnot, welche die Volksmassen der Regierung noch mehr entfremdet. Aus eigener Kraft scheint die Kuomintang jedenfalls die Kommunisten kaum mehr hindern zu können, innert eines weiteren Jahres das *ganze* übrige China zu besetzen – kein Wunder, daß die Regierung von Nanking immer verzweifeltere Hilferufe nach Amerika schickt und neuerdings sogar Madame Tschiang Kai-Shek nach Washington entsandt hat, um ein schleuniges, großzügiges Eingreifen der Vereinigten Staaten gegen die «rote Gefahr» zu erwirken, die nicht nur den Fernen Osten, sondern auch den Rest von Asien, ja die ganze Welt bedrohe. (Bezeichnend ist nebenbei, daß sich auch die «Neue Zürcher Zeitung» diesem Gestürm aus tieferschrockenem Herzen anschließt und [in ihrer Nr. 2313] die Vereinigten Staaten ernstestens vermahnt: «Nur wenn die westliche Abwehrfront auch im Fernen Osten gehalten werden kann, wird die Politik des bewaffneten Friedens, deren Ziel es ist, einem möglichst großen Teil der Welt die freiheitliche Lebensweise [lies: das «freie Unternehmertum»] zu erhalten, von Erfolg gekrönt sein.»)

**Das Pazifik-Imperium** Was wird Amerika angesichts dieser Sachlage tun? Um die Tragweite der vor ihm liegenden Entscheidung zu ermessen, ist es nützlich, sich rasch zu vergegenwärtigen, was die *bisherige* Politik der Vereinigten Staaten im Pazifikraum war. Wir tun das vielleicht am besten an der Hand des heuer erschienenen wichtigen Buches «Bases and Empire» des Amerikaners *George Marion*, in dem wir lesen:

«Das Beweismaterial für die amerikanische Expansion in Asien liegt so sehr an der Oberfläche, ist so wenig verhüllt, daß es einen wunder nimmt, wie wir es fertig bringen, zu ignorieren, was sonst jedermann weiß. Aber wir ignorieren es ja auch gar nicht. Im Gegenteil, der Kniff besteht darin, das Beweismaterial anzuerkennen, aber seine Bedeutung zu leugnen. Unsere Expansion *ist* gar keine Expansion; sie ist ein großer Kreuzzug, um die *Sowjet*expansion zum Stehen zu bringen. Das ist uns seit dem Tode von Präsident Roosevelt die ganze Zeit eingetrichtert worden. Es ist die Entschuldigung für alles, was wir tun. Es ist die besondere Form jenes ‚moralischen' Arguments, das sich in der Trumandoktrin kristallisiert hat.

... Diese unsere Bemühungen, uns in China häuslich einzurichten und die Chinesen zu Bedienten in ihrem eigenen Hause zu machen, werden niemanden überraschen, der unsere gegenwärtige Lage im Fernen Osten im Rahmen eines langen imperialistischen Ränkespiels untersucht hat. Er wird darauf gefaßt sein, zu entdecken, daß die Vereinigten Staaten jetzt allein die Herrschaft auszuüben suchen, die der eigentliche Zweck eines Dutzends strategischer Pläne war, die in den letzten 50 oder gar 100 Jahren verfolgt wurden. Aber er wird doch von dem zunehmend militärischen Charakter der amerikanischen Expansionspolitik in jenem Weltteil beeindruckt sein.

Die herrschende Kaste in China, die einen Rückhalt im Kampf gegen ihre aufsässige Bevölkerung sucht, hat eine wirtschaftliche, finanzielle und militärische

Bevormundung auf sich genommen, die notwendigerweise auf eine politische Beherrschung hinausläuft. Diese Bevormundung hat sie nicht von einer Mächtekombination nachgesucht oder erhalten, sondern einzig von den Vereinigten Staaten. Amerikanische Militärberater, amerikanische Waffen, amerikanische Instruktoren, amerikanisch gelenkte Verausgabung amerikanischer Anleihen — der Realist wird erwarten, daß er amerikanischen Einfluß auch in der chinesischen Innenpolitik antreffen wird. Und er *wird* ihn natürlich auch antreffen.

... Die sachkundigsten Beobachter geben nicht nur reichliche Belege für die Tatsache der amerikanischen Einmischung in die chinesischen Angelegenheiten, sondern erklären diese Einmischung auch als verhängnisvoll. Und zwar verhängnisvoll nicht lediglich für den Weltfrieden, nicht allein für das chinesische Volk, das durch unser Eingreifen tiefer in den Bürgerkrieg hineingestoßen wurde, sondern für die Kräfte selber, die wir durch unsere Hilfe zu stärken suchten. Nachdem das Regime des Diktators Tschiang Kai-Shek zuerst ein paarmal groß getan hatte, es werde die chinesischen Kommunisten bald unter den Tisch gewischt haben, ist es nun zugegebenermaßen in seine ärgste Krise hineingeraten, und der angeblich nationalistisch beherrschte Teil Chinas droht der Anarchie anheimzufallen.

... Man muß diese strategische Kolonisierung Chinas im Zusammenhang mit der militärisch-strategischen Ausdehnungspolitik Amerikas im ganzen Fernen Osten sehen. Im Vordergrund stehen Korea und Japan. Wenn Tsingtau nur 300 Kilometer von dem Sowjetposten Port Arthur entfernt ist, kommt Koreas Nordgrenze an russisches Gebiet bis auf ein paar Meilen vor Wladiwostok, den sowjetischen Haupthafen am Stillen Ozean, heran. Und weder unser gegenwärtiges Verhalten noch die Geschichte der Vergangenheit deutet darauf hin, daß wir irgendwie die Absicht hätten, aus Korea wieder herauszugehen. ... Eine amerikanisch beherrschte ‚koreanische' Regierung wäre aber nur eine der möglichen Hüllen für die Fortdauer der strategischen Beherrschung des Landes durch die Vereinigten Staaten. Diese könnte auch geschehen durch die Begünstigung einer chinesischen Herrschaft, das heißt einer chinesischen Herrschaft durch abhängige chinesische Feudalmächte. Aber die Lage in China ist derart, daß alle Zeichen auf eine ganz andere Lösung hinweisen: auf den Versuch einer schließlichen Wiederherstellung der *japanischen* Herrschaft, diesmal im Dienste des amerikanischen Privatkapitals und der strategischen Interessen der Vereinigten Staaten. Eine solche von Amerika aus gelenkte Herrschaft Japans, nicht nur über Korea, sondern über ganz China, wird im letztern Land ernstlich befürchtet ... Und es muß zugegeben werden, daß der überragende Einfluß der Vereinigten Staaten auf Japan schon geeignet ist, (in China) Schrecken zu verbreiten.

Wir beherrschen Japan unumschränkt, ausschließlich und unwiderruflich. Die amerikanische Herrschaft über Japan, so erklärt man zwar, werde nur zu völlig selbstlosen Zwecken ausgeübt. Moralische Erklärungen sind ausgezeichnet — in der Kirche; aber Kreise, welche die Verantwortung für die Regierung eines Landes tragen, können sich kaum den Luxus leisten, solche Erklärungen nach ihrem Nennwert anzunehmen. Die Staatsmänner aller Länder, was sie auch öffentlich sagen mögen, stellen in ihren vertraulichen Berichten fest, daß Japan heute als ein Teil des militärisch-strategischen Imperiums angesehen werden muß, über das die Vereinigten Staaten gebieten. Das Land soll offenkundig unter dauernder amerikanischer Herrschaft bleiben, gleichgültig, was für Änderungen in seiner Regierungsform Platz greifen mögen.»

Erwähnen wir in diesem Zusammenhang noch, daß Japan heute mehr als 80 Millionen Einwohner zählt und seine Bevölkerung sich weiterhin rasch vermehrt, trotz Krieg und Atombombe; allein in den zehn Monaten vom 1. Oktober 1947 bis 31. Juli 1948 ist sie um 1,6 Millionen angewachsen. Amerika hat hier ein gewaltiges Menschenreservoir zu seiner Verfügung!

**Was nun?** Die große Frage ist nun: Werden die Vereinigten Staaten ihre Imperiumspolitik im Fernen Osten fortsetzen können, auch wenn das China der Kuomintang vollends ganz zusammenbricht? Werden sie wenigstens durch eine große Stützungsaktion zu retten suchen, was zu retten ist, und der kommunistischen Idee ihre Dollar- und Militärmacht entgegenwerfen? Vorläufig sieht es so aus, als werde Amerika seine Chinahilfe ungefähr im bisherigen Rahmen fortsetzen, wolle und könne aber eine Intervention großen Stils, wie sie allein Aussicht auf Erfolg böte, nicht wagen. Nicht nur hat sich das «nationale» China – wie Griechenland – als ein Faß ohne Boden erwiesen; nicht nur steht schon jetzt hinter der Kuomintang-Regierung keine wirkliche Macht mehr, auf die sich ein amerikanisches Eingreifen stützen könnte; ausschlaggebend dürfte vielmehr für Washington die Erwägung sein, daß eine in China erscheinende amerikanische Armee und Kriegsflotte die Kommunisten direkt *Rußland in die Arme treiben müßte*, das bisher dem chinesischen Bürgerkrieg gegenüber äußerste Zurückhaltung beobachtet hat, so wie auch die chinesischen Kommunisten, bei aller Verbundenheit mit der Sowjetunion, keineswegs gesonnen sind, einfach das russische Modell zu kopieren. Es verdient vermerkt zu werden, was *Robert Payne* in seinem Buche «The Revolt of Asia» feststellt:

«Das Leben in Jenan ist unvorstellbar anders als in Sowjetrußland. Kaum einer der größeren, von Sowjetrußland eingeführten Pläne ist im kommunistischen China verwirklicht. Es gibt keine Fünfjahrespläne, keine Kollektivierungspläne, keine starke Bürokratie, keine ungeheuren Scharen von politischen Gefangenen, keinen Versuch, Bücher zu verbieten. Das Buch, das nach Mao Tse-Tungs (des Führers der chinesischen Kommunisten) eigenen Büchern ‚Die neue Demokratie' und ‚Koalitionsregierung' am meisten gelesen wird, war das des Generalissimus (Tschiang Kai-Shek) ‚Das Schicksal Chinas', das wiederholt in Jenan gedruckt wurde. Der Text wurde unverändert wiedergegeben, aber zahlreiche Fußnoten wiesen auf die Unrichtigkeit seiner Beweisführung hin.»

Sollten nun die Vereinigten Staaten in großem Stil in China eingreifen, so könnte es sehr wohl sein, daß sich die chinesischen Kommunisten ihrerseits um Hilfe nach Moskau wendeten, und das schlösse nicht allein für die Vereinigten Staaten die Gefahr eines offenen Zusammenstoßes mit der Sowjetunion in sich, sondern müßte auch die chinesische «National»-regierung vollends jeden Rückhalts an ihrem Volke berauben. Wie ein Korrespondent des «New Statesman» in Schanghai sicher zutreffend schreibt:

«Man muß bei den Chinesen immer eines beachten: Sie hassen die Ausländer. Alle Ausländer, seien es nun Amerikaner, Engländer, Russen, Filippinos oder Indier, sind immer noch fremde Teufel. Die Chinesen werden immer ausländische Hilfe annehmen, aber nur solange es ihnen paßt. Und ihr höchster Ehrgeiz, ob sie nun Nationalisten oder Kommunisten sind, ist, China zu der großen Weltmacht zu erheben, die es sein sollte — einer Macht, die zum erstenmal in tausend Jahren von Chinesen regiert wäre.»

Wenn aber Amerika in China doch nicht stärker eingreifen will, um seiner bisherigen Ostasienpolitik Nachdruck zu verschaffen, wenn vielmehr durch die Niederlage seines chinesischen Satelliten auch seine Stellung in Korea und besonders in Japan untergraben würde — was dann? Wird es diese Schwächung seiner Machtposition im Fernen Osten, die weit über alle möglichen Gefährdungen der amerikanischen Stellung in Europa hinausginge und eine unabsehbare Verschiebung der Machtverhältnisse in ganz Asien und im Pazifikraum einleiten könnte, auf die Länge ruhig hinnehmen? Ich sehe nur *eine* saubere Lösung des Dilemmas: Grundsätzliche Abkehr von der militärischen Machtpolitik, Anerkennung des Versagens der Trumandoktrin (das ja auch in Griechenland offenkundig ist) und Übergang zu einer Politik *internationaler Hilfeleistung* an ein erneuertes, sozialfortschrittliches China, ja an alle «zurückgebliebenen» Länder Asiens, Afrikas und Europas. Dadurch würde nicht nur das *chinesische* Problem an seiner Wurzel gepackt; es würde der Weg zur Befreiung und Menschwerdung *aller* farbigen Völker geöffnet, die unter ähnlichen Bedingungen vegetieren und zu verkommen drohen. Um die Armut dieser Völker zu kennzeichnen, sei hier lediglich an die Tatsache erinnert, daß der Volkswohlstand Chinas vor dem Krieg pro Kopf der Bevölkerung nur etwa 120 «internationale Einheiten» (ein von dem Amerikaner Colin Clark aufgestellter Wertmaßstab) betrug, derjenige Indiens und Indonesiens etwa 200, der Volkswohlstand Hollands aber 800, derjenige Großbritanniens über 1000. Der Volkswohlstand der Vereinigten Staaten dürfte heute allermindestens 2000 internationale Einheiten betragen, während derjenige Hollands und Großbritanniens gegenüber der Vorkriegszeit merklich gesunken ist, erst recht aber derjenige der meisten asiatischen Länder. Weder das innere Gleichgewicht der Nationen noch der Weltfrieden werden gesichert sein, solange diese krassen Unterschiede weiterbestehen, und solange die großenteils von den westlich-kapitalistischen Völkern verschuldete oder doch geduldete und ausgenützte Massenarmut in Asien fortdauert. Um nochmals Robert *Payne* anzuführen:

«Die größte Gefahr für den Frieden ist, daß wir die Rechte der Kolonialvölker nicht anerkennen. Besessen wie wir sind von der Furcht vor Rußland, sind wir geneigt, zu vergessen, daß die asiatische Hälfte der Welt ihre Rechnung präsentiert hat — und wir haben gar nichts getan, um sie für drei Jahrhunderte Imperialismus zu entschädigen ... Die Völker Asiens weigern sich, länger unterdrückt zu werden. Sie verlangen ihre ursprünglichen Rechte und werden fortfahren, sie zu verlangen. Solange die 75 Millionen Einwohner Indonesiens und die 100 Millionen im kommunistischen China ihre Rechte in den Welträten nicht ausüben dürfen, können wir kaum erwarten, daß sie sich erkenntlich zeigen, während wir weiter ihre Gegner unterstützen.»

Es ist wirklich kein Zufall, daß die erste große soziale Revolution unseres Jahrhunderts gerade in China ausgebrochen ist (1910). Die Revolution ist dann im folgenden Jahr nach Mexiko übergesprungen,

hat ihren bisher gewaltigsten Durchbruch in Rußland erlebt (dessen frühere asiatische Kolonialvölker seither auf eine Stufe des Wohlstandes und der Gesittung gehoben worden sind, auf der die früheren und jetzigen Kolonialvölker der westeuropäischen Mächte noch heute nicht stehen), hat nach dem zweiten Weltkrieg auch die kleineren osteuropäischen Staaten ergriffen und erschüttert nunmehr aufs neue China, ja ganz Asien, vom Gelben bis zum Schwarzen und Roten Meer, nicht zu reden von Westeuropa und Südamerika, die ihr auch nicht entgehen werden, wenn sie die soziale Frage nicht auf freiheitliche Weise zu lösen wissen. In China ist die *kommunistische* Revolution jedenfalls notwendig geworden, weil die demokratisch-sozialistische Revolution, die Sun Yat-Sen eingeleitet hatte, von seinen Nachfolgern verraten wurde. Und sie wird *überall* notwendig werden, wo die politische Demokratie entweder gar nicht besteht oder doch als Trägerin der sozialen Umwälzung versagt, wo vor allem das *Christentum* als Bahnbrecher der radikalsten und tiefsten Revolution, die man sich denken kann, versagt. Wenn man dem echten Totalitarismus ausweicht, so muß man sich eben den falschen gefallen lassen. Dagegen hilft keine Atombombe, mag man ihren Gebrauch nun auch als «internationale Polizeiaktion» beschönigen wollen. Gründlichste Ein- und Umkehr – das ist's allein, was das Abendland vor der «roten Gefahr» retten kann, nicht eine aus Angst und Selbstgerechtigkeit geborene Aufrüstung, hinter der schon der offene Krieg lauert.

**Politik um Deutschland** Ob zu solcher Haltung die westliche Christenheit, die jetzt dann wieder das Kommen des Welterlösers feiert, überhaupt noch fähig ist, muß freilich zweifelhaft erscheinen. Zweifelhaft muß besonders erscheinen, ob in den Vereinigten Staaten mit der neuen demokratischen Regierung schon diejenigen Kräfte durchdringen werden, die eine Abkehr vom kapitalistischen Imperialismus und von der *falschen* Bekämpfung des Kommunismus bewirken können. Gelegenheit dazu wäre gerade jetzt, außer in China, auch in *Griechenland*, wo das Scheitern der Offensive gegen die Partisanen das Athener Kabinett ernstlich erschüttert hat, Amerika aber, zusammen mit England, immer noch seine schützende Hand über einem volksfeindlichen Regime hält, das sich nur durch fortgesetzten Terror noch halten kann. Gelegenheit dazu wäre aber vor allem in *Deutschland*, wo unter amerikanischer Führung mit der Übertragung der Eigentumsrechte an den *rheinisch-westfälischen Industriewerken* auf deutsche Treuhänder ein weiterer, vielleicht entscheidender Schritt auf dem Wege getan worden ist, an dessen Ende die wirtschaftliche und militärische Wiederaufrichtung Deutschlands als des mächtigsten europäischen Bollwerks gegen die Sowjetunion stehen soll.

Diese ganze amerikanische Deutschlandpolitik ist in doppeltem

Sinn verhängnisvoll. Sie liefert Deutschland planmäßig den reaktionär-kapitalistischen Mächten aus, und sie ermutigt aufs neue auch den deutschen Nationalismus und Militarismus, der in den industriellen Herzogtümern der Ruhr eines seiner furchtbarsten Werkzeuge und zugleich eine seiner stärksten Triebkräfte besaß. Dieser zweiten Gefahr stemmt sich vor allem *Frankreich* entgegen, das ein «freies» Deutschland, ob es nun kapitalistisch oder sozialistisch organisiert sei, als tödliche Bedrohung der Sicherheit und Unabhängigkeit seiner Nachbarn betrachtet und darum, wenn die Ruhr schon nicht überhaupt von Deutschland abgetrennt werden könne, heftig auf der Internationalisierung der westdeutschen Großindustrie besteht, inzwischen aber – nach der feierlichen Erklärung von Außenminister Schuman – «jeden von den angelsächsischen Mächten einseitig gefällten Entscheid ... als null und nichtig ansieht». Von einer Internationalisierung der Ruhr wollen nun aber ihrerseits England und Amerika nichts wissen, welche die Ruhr unbedingt in deutschem Besitz sehen möchten, in der Meinung, daß nur so eine Höchstproduktion erzielt werden könne, England vielleicht auch in dem Wunsch, die Ruhr nicht zu einem Bestandteil des dann übermächtig werdenden französisch-belgischen Schwerindustrie-Kombinats werden zu lassen. Und nachdem Großbritannien unter amerikanischem Druck A gesagt und auf die Sozialisierung der Ruhr verzichtet hat, muß es nun eben auch B sagen und in eine Rückgabe der Ruhr an Deutschland einwilligen, die es umsonst als ungefährlich, weil mit allen möglichen Sicherheitsklauseln versehen, hinstellt. Die beiden angelsächsischen Mächte werden zu spät merken, daß sie die Geister nicht mehr los werden, die sie mit der vermeintlichen Anspornung des deutschen Arbeitseifers gerufen haben. Und werden schon jetzt nicht nur dem französischen Nationalismus, wie er von einem de Gaulle vertreten wird, die besten Trümpfe in die Hände spielen, sondern auch Polen und die Tschechoslowakei erst recht unter russischem Einfluß halten.

So geht eben Westdeutschland mit raschen Schritten einer Wiederaufrichtung der Herrschaft der *konservativen Rechten* entgegen. Und mag England auch eher ein Linksregime begünstigen, so wirft Frankreich, diesmal im Bunde mit Amerika, sein Gewicht offensichtlich zugunsten der Christlich-Demokratischen Union, der bayrischen Sonderbündler und anderer reaktionärer Gruppen in die Waagschale. Die sozusagen außenpolitischen Folgen dieser Haltung lassen denn auch nicht auf sich warten. Der *deutsche Nationalismus* gewinnt zusehends an Boden. Aus der Denazifizierung ist längst eine Renazifizierung geworden[1]. Die Rückgewinnung der ostdeutschen Provinzen,

[1] In der amerikanischen Zone sind jetzt schon wieder 20 Prozent Bürgermeister im Amt, die früher stramme Parteinazi waren. Anderseits durften es sich im letzten Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß verschiedene Verteidiger leisten, den Nazismus

ja sogar Elsaß-Lothringens, wird immer mehr *die* große nationale Forderung. Und bereits spricht man wieder ganz offen von einer «Remilitarisierung» Westdeutschlands, für die nach den Andeutungen eines Dr. Eugen Kogon, der vielleicht doch mehr als ein unverantwortlicher Schwätzer ist, auf alliierter Seite bestimmte Pläne vorlägen, da eben «die Logik der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung zu einer Bewaffnung Westdeutschlands führe, das mit seinen 46 Millionen Einwohnern das volkreichste Land Westeuropas sei . . .» Die Deutschen haben wirklich einigen Grund zu ihrer Behauptung, die heutige Haltung der Westalliierten beweise, daß diese im Krieg auf der falschen Seite gekämpft hätten, und daß tatsächlich, wie Hitler und Goebbels immer gesagt, der wahre Menschheitsfeind der Kommunismus und die hinter ihm stehende Sowjetunion sei.

Was aber den *moralisch-sozialen Zustand* Westdeutschlands betrifft, so lassen wir darüber Dr. von Segesser reden, der in den «Luzerner Neuesten Nachrichten» feststellt:

«Dem ungezügelten Luxus, der maßlosen, durch Hitlers korruptes Regime und durch jahrelange Warenhortung ermöglichten Bereicherung einer bedeutenden städtischen und ländlichen Schicht, einer sinnlosen Vergnügungssucht und Verschwendung Hunderttausender gut Verdienender steht seit der Einführung der sogenannten D.-Mark das graue Elend der ohne Schuld Erwerbs- und Vermögenslosen gegenüber. ‚Freie Wirtschaft' – das war im Sommer dieses Jahres für einen ungemein großen Teil der Deutschen das Stichwort, unter dem der Rest sozialen Gewissens, den das Dritte Reich übrig gelassen hatte, wie der Schnee an der Sonne hinwegschmolz. Der vielgepriesene Tag der Deutschen Mark, dieses ‚Zauberstabes', der die verheimlichten Konsumgüter aus den Lagern der Fabrikanten und Händler hinaustrieb, war zugleich das Signal zu einem allgemeinen Aufbruch in das soziale Dschungel, in die Verantwortungslosigkeit des Geldverdienens des einen auf Kosten des andern. Einen Zustand, ‚in dem ein Teil des Volkes (nämlich der, welcher die Preise festsetzt) den andern ausplündert', hat ein deutscher Abgeordneter vor kurzem die herrschenden Verhältnisse genannt. Wer das südliche oder westliche Deutschland bereist oder auch nur einen Blick in den Inseratenteil der Zeitungen dieser Zonen wirft, muß mit Sorge erkennen, daß das Irrlicht einer künstlichen wirtschaftlichen Prosperität mit einem beispiellosen Verzicht auf eine gemeinnützige Verwendung von Arbeitskraft und Material, auf Sparsamkeit, gerechte Verteilung der Lasten, soziale Verantwortung in Produktion, Einfuhr und Verbrauch erkauft ist.»

---

in aller Form zu verherrlichen und ihre Klienten als eigentlich mit den Westalliierten gegen das bolschewistische Untermenschentum verbündete Freiheitskämpfer hinzustellen.

So sieht das «neue», aus den Fesseln des «Kollektivismus» befreite Deutschland aus, das die Vereinigten Staaten dem Kapitalismus zurückzuerobern und zugleich als Herzstück eines ähnlich organisierten Westeuropa zur unüberwindlichen Bastion gegen die Sowjetunion auszubauen im Begriff sind!

**An der Weggabelung** Ist ein solches Westeuropa aber wirklich dasjenige, zu dem Demokraten und Sozialisten mit halbwegs gutem Gewissen stehen können? Die Zweifel daran mehren sich auch in den Reihen derer, die bisher zu jedem Kompromiß geneigt waren, nur um die amerikanische Hilfe nicht zu verscherzen. Und der *«New Statesman»*, der selbst zu den Anhängern eines von Amerika finanzierten Westbundes gehört, spricht nur eine offenbare Tatsache aus, wenn er feststellt:

«Deutschland ist das bevorzugte Schlüsselgebiet der Marshall-Planer geworden und die Rettung des deutschen Kapitalismus ein Gegenstand ihrer innigen Kümmernis. Die Westzonen Deutschlands werden dieses Jahr mehr Dollarhilfe bekommen als England und nur um ein geringes weniger als Frankreich ... Wie die Dinge liegen, haben in Westdeutschland die wesentlichen Bestandteile des alten Regimes, das zwei Weltkriege heraufbeschworen hat, eine zweite Niederlage ohne dauernden oder auch nur ernsthaften Schaden überstanden ... Auch wenn wir annehmen wollen, daß die amerikanischen Kapitalisten schließlich von der lockenden Aussicht auf Beteiligung an der deutschen Industrie abstehen werden, so liegt doch genug Beweismaterial dafür vor, daß ihr Interesse am deutschen Wiederaufbau die ganze Grundauffassung der Marshall-Hilfe über den Haufen zu werfen droht. Was wir jetzt vor uns sehen, ist nicht der Aufbau einer neuen, lebendigen Organisation der internationalen Demokratie in Westeuropa, einer dynamischen, zuversichtlichen, ihrer Sendung bewußten Organisation, sondern eine neue Art Kapitalanlagetrust, bei dem die Finanzierungsgesellschaft amerikanisch und die Direktion deutsch ist, während man von den beschäftigten Arbeitskräften erwartet, daß sie streng ‚unpolitisch' seien, und die Kunden — Franzosen, Engländer, Holländer und der Rest — mit dem vorlieb nehmen müssen, was sie bekommen. *So* haben wir den Marshall-Plan nicht verstanden (!), und wir dürfen ziemlich sicher sein, daß ihn auch die Wähler von Präsident Truman nicht so verstanden haben.

... Wir sind an einer Weggabelung angelangt. Der eine Weg führt zu neuen, friedlichen Gesellschaftsformen; der andere zu einer Wiederholung all der Fehler und feigen Versäumnisse der zwanziger Jahre. Wenn ein auf amerikanische Hilfe begründeter Westbund die weitere Unterstützung fortschrittlich gesinnter Menschen in Europa, vor allem der Sozialisten, verdienen soll, dann wird die großkapitalistisch-Hoffman'sche Auffassung des deutschen Wiederaufbaus durch eine Politik ersetzt werden müssen, die entschieden auf eine demokratische Umgestaltung in Westdeutschland ausgehen wird.»

Kann man eigentlich ein vernichtenderes Urteil über die von Westeuropa – eingeschlossen die meisten sozialdemokratischen Parteien – so bereitwillig angenommene Europapolitik der Vereinigten Staaten fällen?

Zu einem kaum milderen Schluß kommt *Charles Ronsac* im Pariser «Esprit»:

«Eine europäische Föderation, wie man sie in Washington versteht, verlangt eine einheitliche Gesamtauffassung, deren Grundlagen angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses nur von den Vereinigten Staaten geliefert werden können. Sie schließt ebenso die Vereinheitlichung der Produktionssysteme in sich wie die Harmonisierung der Produktionsvorgänge. Das ‚freie Unternehmertum' wird unvermeidlicherweise die geschriebene oder ungeschriebene Grundlage der Bundesverfassung sein ... Infolgedessen wird die amerikanische Föderation Westeuropas, weit entfernt, nur eine Sperre gegen die kommunistisch-sowjetische Ausdehnungspolitik zu sein, eine Zeitlang den Fortschritt des Sozialismus ganz allgemein bremsen und lähmen, mag er nun von Rußland her beeinflußt sein oder nicht. Sie wird aus dieser Gegend Europas ein vorgeschobenes, defensives und nötigenfalls offensives Bollwerk der sowjetfeindlichen Strategie der Vereinigten Staaten machen ... Sie wird die Hoffnungen zerschlagen, die man da und dort auf die Schaffung eines Westeuropas setzen mochte, das geeinigt, aber von *beiden* Blöcken unabhängig wäre und mit dem Osten wie mit Amerika Handel triebe.»

**England-Frankreich** Besteht aber nicht doch etwelche Aussicht darauf, daß die Einigung Westeuropas, statt im Zeichen des Marshall-Hoffman-Planes, im Geiste sozialistischer Demokratie erfolgen werde? Wir huldigen keinem ungläubigen Schwarzsehertum (es sind *immer* überraschende Wendungen in der Menschengeschichte möglich), wollen uns aber auch vor gefälliger Selbsttäuschung hüten. Von *Amerika* her ist von vornherein, trotz dem demokratischen Wahlsieg, kaum eine rasche, durchgreifende Änderung der bisherigen Europapolitik zu erwarten, auch wenn es ob dem Ruhrerlaß der angelsächsischen Militärgouverneure nun sogar innerhalb der amerikanischen Regierungskreise zu Auseinandersetzungen zu kommen scheint und, wie der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» berichtet, in dieser Sache «offenbar ein kritischer Punkt erreicht» wurde. Aber wird sich vielleicht die britische *Labourregierung* ermannen und dem verhängnisvollen Kurs entgegentreten, wie er von den amerikanischen Großgeschäftsleuten («big business») und Militärs in der Deutschland- und Europapolitik gesteuert wird? Gewisse Voraussetzungen dafür sollten eigentlich vorhanden sein. England wehrt sich innerlich eben doch dagegen, in einem amerikanisch beherrschten Westeuropa aufzugehen, in dem es höchstens noch die Rolle eines Juniorpartners des USA-Imperiums zu spielen hätte. Und es zeigt erst recht keine Lust, seine sozialistische Planwirtschaft, mit deren Hilfe es sich langsam doch wieder heraufarbeitet, gegen das liberalistische Chaos einzutauschen, das auf dem Festland herrscht, auch wenn ein Teil der konservativen Geschäftswelt, Frankreich abschreibend, neuerdings auf ein wiedererstarktes, wiederaufgerüstetes Deutschland setzt und Churchill, von der Wahlniederlage der amerikanischen Republikaner offenbar schwer mitgenommen, die Sozialisierung der Stahlindustrie als «Räuberei» und «mörderische Angelegenheit», als bloßen «Parteitrick» der machthabenden «Bande» verleumdet. Aber ich gestehe: solange ein Bevin für die britische Außenpolitik verantwortlich zeichnet, fehlt mir das

Vertrauen, daß die Labourregierung den herzhaften Bruch mit den bisherigen Methoden und Inspiratoren dieser Politik wage, der ihr nicht erspart bleibt, wenn sie Anspruch auf eine *sozialistische* Haltung in den großen und kleinen Fragen der Völkerwelt macht.

Noch weniger ermutigend ist, was hinter der Außenpolitik *Frankreichs* steht. Mit pathetischen Resolutionen und Leitartikeln gegen die Gefährdung der französischen Sicherheit durch ein industriell wiederaufgerüstetes Deutschland ist es eben nicht getan. Und auch der ganze diplomatische Druck, den Frankreich jetzt auf England und Amerika ausübt, bleibt so lange wirkungslos, als erstens Amerika seinerseits durch Gewährung und Verweigerung oder durch Kürzung der Marshall-Plan-Hilfe einen Druck auf Frankreich ausüben kann, dem dieses nicht einmal widerstehen *will*, und zweitens solange das offizielle Frankreich den Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus in den ersten Rang stellt, also auch Deutschland für diesen Kampf aufrüsten zu helfen gezwungen ist. Die Vichyzeit hat ja hinreichend gelehrt, in welchem Grade die Nutznießer des ancien régime ihre Klasseninteressen den nationalen Notwendigkeiten überzuordnen verstehen. Sie werden auch jetzt, da sie neuerdings am Ruder sind, ihre Abwehr der deutschen Gefahr hinter den für sie viel wichtigeren Kampf gegen den Kommunismus zurückstellen – auch wenn de Gaulle Frankreich repräsentieren sollte. Der Zusammenbruch des Bergarbeiterstreiks und der übrigen Streikbewegungen, die von den Kommunisten über die sachliche Notwendigkeit hinaus zu einer politischen Machtprobe benützt worden waren, hat der Reaktion ohnehin wieder frischen Auftrieb gegeben; Staatsschutzgesetz, Beschneidung des Streikrechts und Abschaffung des Proportionalwahlrechts stehen ernsthaft auf der Tagesordnung, zumal die jüngsten Wahlen in den Rat der Republik gezeigt haben, wie leicht die Kommunisten durch das Mehrheitswahlsystem an die Wand gedrückt werden können, doppelt leicht, wenn die Wahl, wie in diesem Falle, auch noch indirekt, durch Zwischenwahlmänner, vor sich geht.

Daß bei dieser ganzen, ausgesprochen nach rechts weisenden Entwicklung die französischen Sozialisten und besonders ihr Innen- und Polizeiminister *Moch* eine Hauptrolle spielen, nimmt nach allem Vorausgegangenen kaum mehr wunder, mehr schon der Umstand, daß auch manche schweizerische Sozialdemokraten, wie der alte Paul Graber, Herrn Moch begeistert Beifall klatschen und ihn zu seinem brutalen Auftreten gegenüber den Streikenden gar noch beglückwünschen – Graber, mit dem zusammen wir in seiner besseren Zeit so manchen Kampf gegen den Militärwahn und für einen charaktervollen Sozialismus geführt haben, der jetzt aber ebenfalls ganz in einem zutiefst unsozialistischen Antikommunismus versunken ist. Erfreulich ist immerhin, daß sogar ein *Lucien de Dardel*, der schließlich von den neuenburgischen Konservativen herkommt, im «Servir» von

Graber deutlich Abstand nimmt und daran erinnert, daß eine Regierung, die nichts Wirksames getan habe, um die wirtschaftlichen Ursachen des Streiks zu beseitigen, wenig Recht habe, den Streik mit Militärgewalt zu brechen, die Frage hinzufügend: «Haben die Schießereien das französische Volk gerettet? Ich zweifle. Ich zweifle, daß man den Autoritäts- und Diktaturregimen mit den Mitteln der Autorität und Diktatur den Weg versperrt. Nein, ich bin nicht für Herrn Moch!»

**Für ein geeintes Europa** Auch das gegenwärtige Frankreich scheint somit wenig Hoffnung auf eine solidarische Abwehr der unheilvollen Deutschland- und Europapolitik der Vereinigten Staaten zu erlauben. Und doch muß man, wie in England, so in Frankreich den Durchbruch der entschlossen sozialistischen Kräfte erwarten, muß namentlich auch eine enge *Verbindung* der sozialistisch-demokratischen Kräfte in beiden Ländern erwarten, wenn man nicht die Hoffnung auf ein selbständig und selbstbewußt zwischen Amerika und Rußland stehendes Vereinigtes Europa begraben will. Darüber hinaus tut aber eine *planmäßige Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa* not, wenn das friedliche Gedeihen unseres Erdteils gesichert werden soll. Zunächst eine Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Europäische Wirtschaftskommission in Genf, in der zwölf West- und zehn Oststaaten vertreten sind, arbeitet denn auch bewußt in dieser Richtung, darauf hinweisend, daß ohne eine Verfünffachung des Handels zwischen den «beiden Europa» bis 1952 das Ende der Marshall-Plan-Hilfe sehr wohl mit einer scharfen Wirtschaftskrise zusammenfallen könne. So ist denn auch bereits ein Programm für die Steigerung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion des Ostens durch Lieferung von Maschinen und dergleichen, im Austausch gegen Getreide, Holz usw. für den Westen, im Gang, so wie auch sonst der Handel zwischen einer Reihe von westeuropäischen Ländern (Großbritannien, Belgien, Holland, Frankreich, Schweiz, Italien) und solchen des Ostens (polnische Kohle!) sichtlich zunimmt. *Hierauf* muß planmäßig weitergebaut werden – dann mag auch für die *politische* Annäherung von Ost und West eine tragfähige Grundlage gefunden werden.

Mit dieser Annäherung ist es in der Berichtszeit zwar in keiner Weise vorwärts gegangen, eher rückwärts, trotz den fast rührend hartnäckigen Bemühungen eines Bramuglia, eines Evatt, eines Trygve Lie, dieser führenden Persönlichkeiten der noch immer parlamentierenden UNO-Tagung, für die leidige *Berliner Frage* eine annehmbare Kompromißlösung zu finden[1]. Und die von den Russen – wiederum

[1] Wie objektiv wir über die UNO-Tagung unterrichtet worden sind, mag beispielsweise die Tatsache zeigen, daß die «Neue Zürcher Zeitung» (in Nr. 2436) über die große Abrüstungsdebatte an Hand einer Meldung der amerikanischen

vertragswidrig – vollzogene endgültige Spaltung Berlins in zwei voneinander unabhängige Verwaltungsgebiete ist erst recht nicht dazu angetan, eine solche Lösung zu begünstigen, auch wenn man anerkennen muß, daß die planmäßige Wiederaufrüstung Westdeutschlands für den Kampf gegen die Sowjetunion die Russen in ihrem Bestreben nur ermutigen kann, den Westmächten ihren Stützpunkt Westberlin zu nehmen. Aber ist diese ganze unerfreuliche Lage wirklich ein Grund zum Verzagen? Ich weigere mich, das zu glauben, möchte vielmehr, als Zusammenfassung dessen, was in dieser Weltrundschau das zu Ende gehende Jahr über immer wieder gesagt wurde, die Worte hierher setzen, mit denen *Friedrich Wilhelm Förster* einen Aufsatz in der französischen Zeitschrift «Année Politique» über das West-Ost-Problem beschließt (Hervorhebungen von mir):

«*Es gibt sicher eine russische Gefahr*, eine Gefahr, die nicht weniger groß für die Russen selbst als für die übrige Welt ist. Diese Gefahr besteht erstens in dem austrocknenden Marxismus, in dem jede Nation sittlich und geistig verarmen muß, die daraus ihre vorherrschende, unduldsame Weltanschauung macht; zweitens in dem totalitären System, das die schicksalhafte Tendenz hat, die menschliche Gesellschaft in das kollektive Tier der Offenbarung zu verwandeln und alles Suchen nach der Wahrheit, alle Sicherung und Gewährleistung des persönlichen Gewissens zu ertöten.

Aber diese Gefahren können nicht durch die Drohung mit Atombomben und die Vorbereitung auf den Totalkrieg bekämpft werden, der die ganze Welt in ein totalitäres System verwandeln würde. Die beiden getrennten Welten müssen einen modus vivendi finden. *Der sogenannte russische Imperialismus wird sich verflüchtigen, wenn man sich ernsthaft entschließt, den Russen Garantien für ihre Sicherheit zu bieten.* Wenn auch die ‚Fünften Kolonnen' der Russen viel dazu beigetragen haben, die ganze Welt in der Abneigung gegen die Russen zu verbünden, so erscheinen sie den Russen doch als einziger Schutz gegen die reaktionären Elemente, von denen sich Rußland umringt sieht.

Schlußfolgerung: *Man wird Wunder erleben, wenn einmal die blinde russenfeindliche Hysterie geheilt und durch eine umfassende Verständigung ersetzt wird,* in der alle wirtschaftlichen Bedürfnisse der beiden Lager befriedigt und die politischen Verhältnisse so klar festgelegt sein werden, daß keine der beiden beteiligten Parteien ein Interesse hätte, den Bruch des Vertrages zu riskieren.»

6. Dezember. *Hugo Kramer.*

---

Agentur United Preß berichtet, die den Voten der Gegner des russischen Abrüstungsvorschlags 120 Zeilen widmet, die anderthalbstündige Rede des Sowjetvertreters aber mit 11 Zeilen abtut, aus denen der Leser tatsächlich nichts erfährt. Auch die russische Auffassung in der Frage der Atombombenkontrolle kennt der schweizerische (und überhaupt der westliche) Zeitungsleser in Wahrheit gar nicht. Die Gegner der Sowjetunion haben es unter solchen Umständen allerdings leicht, ihren Lesern und Hörern die Ruchlosigkeit der Politik Moskaus glaubhaft zu machen.